

„Nicht Genügend“ für eine Fleißaufgabe

Der Industriellen-Vereinigung ins Stammbuch geschrieben

Von Dieter Grillmayer

Das neue Bildungsprogramm der IV hat ob seiner radikalen Forderungen viel Staub aufgewirbelt. Im österr. Schulsystem müsse es eine „Revolution“ geben, mit bloßen Reformen sei es nicht mehr getan. Über das Motiv kann man nur mutmaßen: Ist es der Mangel an elementarem Wissen und Können bei Pflichtschul-Abgängern, die darob keine Lehrstelle finden, oder ist es der Engpass an Fachleuten im MINT-Bereich (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik)? Oder ist das Programm nur der Ausfluss eines durch die laufenden Wortspenden von Besserwissern erzeugten „Bauchgefühls“?

Zu den kardinalen Denkfehlern, die dem IV-Programm zugrunde liegen, gehört es, dass durch „Vereinheitlichung“ etwas besser werden kann. Die vorschulische Bildung soll für alle Kinder mit vier Jahren einsetzen, die Pflichtschulzeit sollen alle Kinder in einer gemeinsamen Schule verbringen und in dieser soll der Unterricht für alle Kinder ganztägig stattfinden. Vereinheitlichung ist immer nur auf dem Niveau möglich, das für alle erreichbar ist, und das ist naturgemäß das niederste. Das trifft vor allem auf die gemeinsame Schule zu, aber auch die anderen „Vereinheitlichungen“ sind sehr problematisch.

Anders als früher, wo jedes Arbeiter- und jedes Bauernkind mit vier Jahren der deutschen Sprache in dem Ausmaß mächtig war als es die Kommunikation mit seiner Umwelt erforderte und bis zum Schuleintritt hinsichtlich Wortschatz und Ausdruck weitere Fortschritte erzielte, ist das heute nicht mehr so, und zwar nicht nur bei Migrantenkinder. Dass die Politik darauf lange nicht reagiert hat war ein großes Versäumnis. Aber immerhin wird in den letzten Jahren daran gearbeitet, solche Defizite frühzeitig zu erkennen und abzubauen – wohl die einzige Maßnahme unter allen Reformbemühungen, die Positives hervorzubringen verspricht. (Bei allen anderen Reformen, wie etwa der neuen Lehrerausbildung, dürfte eher das Gegenteil der Fall sein.)

Das Programm der IV sieht nun vor, bei allen Kindern mit vier Jahren in die frühkindliche natürliche Entwicklung einzugreifen, auch bei solchen, die das gar nicht nötig haben. Abgesehen von diesem staatlichen Zugriff auf Freiheits- und Elternrechte werden dadurch die gewünschten gleichen Voraussetzungen bei den Schulanfängern garantiert nicht erreicht. Denn diese Maßnahme kann nur einen weiteren Vorsprung der besser Veranlagten gegenüber denen bewirken, die sich ohnehin schwer tun.

Fördern wir also die Sprachfertigkeit der Kinder, die das nötig haben, und zwar flächendeckend und ohne Ausnahme, aber lassen wir die anderen in Ruhe sechs Jahre alt und schulreif werden. Ich bin ein strikter Gegner, sie davor mit Buchstaben und Zahlen zu belästigen. Sie sollen sich auf die Schule freuen und dass sie dort schreiben, lesen und rechnen lernen. Leider sieht die Realität anders aus: Eine meiner Enkelinnen sollte gleich am ersten Schultag ihren auf ein Kärtchen geschriebenen Namen erkennen. Wie kommt sie dazu? Wenn sie es nicht kann – gleich das erste Misserfolgserlebnis! Dafür wird dann Monate lang „Schuleingangsstufe“ gespielt, also wirklich nur gespielt, für manche Kinder sicher eine Enttäuschung. Eine verkehrte Welt, wie etwa auch, dass nach dem Lehrplan der Mittelstufe (Zehn- bis 14-Jährige) in der ersten Klasse der Taschenrechner eingeführt werden soll und in der dritten Klasse dann das Kopfrechnen zu üben ist. Solches anzuprangern wäre eine IV gefordert, der eine bessere Ausbildung der Schulabgänger am Herzen liegt.

Zum Thema „Gesamtschule“ werden von deren Lobby nun schon seit Jahren alle Argumente ignoriert, die dagegen sprechen, entkräftet konnte noch keines werden. Dafür wird landauf, landab behauptet, die „Neue Mittelschule“ (NMS) sei nur deswegen ein Flop, weil es daneben noch immer die AHS-Unterstufe gibt. Die Volksschule hat eine solche Konkurrenz nicht, sie ist eine lupenreine Gesamtschule, und trotzdem

beherrschen viele ihrer Abgänger die elementaren Kulturtechniken nicht! Da muss es doch offensichtlich wichtigere Parameter dafür geben, ob Schule gelingt oder nicht als die äußere Organisation!

Das ist der zweite Kardinalfehler, der dem IV-Programm innewohnt, nämlich der Glaube, mit Strukturreformen allein wäre Qualität zu gewinnen. Alle anerkannten aktiven Bildungswissenschaftler, von Klaus Hurrelmann in Berlin bis Stefan Hopmann in Wien, bestreiten das. Die einzige verlässliche Erfolgsgarantie für das Gelingen von Schule ist der gute Lehrer, der Kinder mag und um ihr Wohl besorgt ist, der Vertrauen erweckt, der für eine Materie begeistern kann, der von seinen Schülern als Vorbild, als kompetenter Lehrmeister und konsequenter Erzieher wahrgenommen wird. Solche Lehrer können sogar unter misslichen Begleitumständen etwas weiterbringen, wofür es auch in Österreich viele Beispiele gibt. Wäre es nicht Aufgabe einer sachorientierten Bildungspolitik, den engagierten Lehrern zu helfen und die Rahmenbedingungen für ein gedeihliches Unterrichten zu verbessern statt aufgrund ideologischer Verblendung das Gegenteil zu tun?

Die NMS kann als Beispiel für eine solche kontraproduktive Reform dienen. Peter-Michael Lingens schreibt dazu im „profil“ vom 1. November 2014: Nach ziemlich vielen Gesprächen mit ziemlich vielen NMS-Lehrern (die charakteristischerweise so wenig wie die kritischen Eltern genannt werden wollen) möchte ich einen von ihnen mit einer allen gemeinsamen Sorge zitieren: „Ich habe in meiner Klasse alles – von potenziellen Sonderschülern bis zu Hochbegabten. Es ist einfach unmöglich, die gemeinsam zu unterrichten. Die Schwachen verstehen nicht, was ich sage, und langweilen sich – die Guten haben es längst verstanden und langweilen sich auch. Das wird nicht besser, wenn ein zweiter Lehrer dabei ist: Spricht er leise, verstehen ihn nur zwei, drei Kinder, spricht er laut, so stören wir uns gegenseitig.“

Lingens ist ein altersweiser Mann, der in seinem Plädoyer für die achtjährigen AHS-Langformen nicht als Bildungsexperte auftritt. Aufgrund seines ORF-Interviews vom 19. November 2014 komme ich nicht umhin, Bernd Schilcher hier als ein Gegenbeispiel zu nennen. Schon ein Blick ins Internet zeigt, dass seine Berechtigung, sich in Bildungsfragen überhaupt zu Wort zu melden, umstritten ist. Seine „Expertisen“ strotzen von Allgemeinplätzen und Falschaussagen. So behauptete er im nämlichen Interview wieder einmal, es gäbe in der EU nur mehr vier Staaten mit dieser veralteten Differenzierung in der Mittelstufe. Das ist falsch! Die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie haben nämlich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die achtjährigen Gymnasien, wie sie in Deutschland und Österreich bestehen, wieder eingeführt. Und in den drei Benelux-Staaten sind die Verhältnisse ähnlich wie in der Schweiz. Dort folgt auf eine vier- bis sechsjährige undifferenzierte Grundstufe eine gegliederte Mittelstufe bis zum Ende der Schulpflicht – wie bei uns mit 15. In 20 Kantonen dauert diese Mittelstufe drei Jahre, in den übrigen sechs Kantonen vier oder fünf Jahre – wie bei uns. Der Übertritt von der Grundstufe in einen unserer AHS-Unterstufe entsprechenden Mittelschulzweig erfolgt – wie bei uns – auf Empfehlung der Grundschule und/oder mittels Aufnahmeprüfung.

Mithin kommen wir – neben der Schweiz – auf mindestens acht EU-Staaten mit einer gegliederten Mittelstufe. In vielen anderen EU-Staaten fehlt die Tradition der achtjährigen Gymnasien entweder komplett oder sie ist, wie in England, zugunsten eines florierenden Privatschulwesens schon vor über 50 Jahren gekappt worden. Ein Wiedereinführung staatlicher gymnasialer Langformen ist aber in Diskussion. Nirgendwo hingegen die Abschaffung – außer in Österreich. In Deutschland, wo die Schule Ländersache ist, kam es 2010 in Hamburg schon beim Versuch, die Grundschule von vier auf sechs Jahre zu verlängern, zu einem Aufstand der Elternschaft, dem sogar der CDU-Bürgermeister zum Opfer fiel. Der deutsche Bezirk Wetzlar wurde versuchsweise – wie jetzt in Vorarlberg angedacht – zur Modellregion erklärt. Bildungsforscher und Gesamtschul-Befürworter Helmut Fend hat das Projekt wissenschaftlich begleitet. Er schreibt am Ende: „Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Systems.“

Schließlich liefert Deutschland auch ein Beispiel dafür, dass man nicht eine „Revolution“ braucht, um die Schulqualität zu verbessern, sondern dass man an vielen Rädern drehen muss. Nach dem PISA-Schock der späten 1990er-Jahre wurden dort in verschiedenen Ländern verschiedene Maßnahmen gesetzt, z. B. Verhaltensnoten und Schulstrafen wieder eingeführt. Tatsache ist, dass die BRD seither im PISA-Ranking von Mal zu Mal besser abschneidet. Nicht so Österreich, wo der völlig sinnlose Gesamtschul-Streit verhindert, dass sinnvolle Schulreformen angegangen werden können.

Was die dritte Hauptforderung der IV, nämlich die obligatorische Ganztagschule, betrifft, so wird damit, wie schon bei der Vorschulpflicht für alle Vierjährigen, wohl in erster Linie die Absicht verfolgt, den Arbeitsmarkt um noch mehr Frauen auszuweiten, um noch mehr Wirtschaftskraft zu erzielen. Das Wohl der Kinder steht dabei nicht im Mittelpunkt. Und das ist der dritte Kardinalfehler, unter dem das IV-Bildungsprogramm leidet. Die schulische Erziehung und Ausbildung muß in erster Linie dem jungen Menschen dienen, dass er seinem Leben einen Sinn geben kann und seinen Platz in der Gesellschaft findet. Das Erlernen der Grund-Kulturtechniken und eine solide Berufsausbildung sind dafür notwendig, aber nicht ausreichend. Ganzheitliche Bildung setzt beim Kleinkind im Bezug zu seinen Eltern ein, insbesondere zur Mutter. Und sie hat den mündigen Bürger zum Ziel, nicht den Konsumidioten, der sich verschuldet, um Bedürfnisse zu befriedigen, die ihm eingeredet worden sind. Nichts liegt mir ferner, als der IV solch falsche Zielsetzungen zu unterstellen; vor der Gefahr muss aber gewarnt werden.

Im Übrigen bin ich ein Befürworter der Ganztagschule, weil die gesellschaftliche Entwicklung einfach danach verlangt. Eine Alternative dazu muss allerdings erhalten bleiben und wird weiterhin sicher dort angenommen, wo eine ganztägige schulische Betreuung der Kinder nicht notwendig, ja vielleicht sogar unerwünscht ist, zum Beispiel im ländlichen Raum. Heftig zu widersprechen ist allerdings dem „Schulexperten“ Schilcher, der im ORF-Interview die technischen und finanziellen Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines flächendeckenden Netzes von Ganztagschulen als unerheblich abgetan hat. Hinsichtlich der Finanzierung ist ein Elternbeitrag für die Nachmittagsbetreuung, wie er derzeit besteht, wohl weiterhin unverzichtbar.